

Britisches Kommuniqué über den Schuman-Plan (3. Juni 1950)

Legende: Am 3. Juni 1950 veröffentlicht die britische Regierung ein Kommuniqué, mit dem sie Stellung zur Schuman-Erklärung zur Zusammenlegung der westeuropäischen Kohle- und Stahlproduktion bezieht.

Quelle: Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Fonds des institutions communautaires européennes, EC. Commission européenne-Haute Autorité CECA, CEAB. CEAB 2-649.

Urheberrecht: Alle Rechte vorbehalten

URL: http://www.cvce.eu/obj/britisches_kommunique_uber_den_schuman_plan_3_juni_1950-de-edf2e199-794a-4ea5-b8ad-9d0fd6576ad1.html

Publication date: 23/10/2012

Kommuniqué des Vereinigten Königreichs vom 3. Juni 1950

Die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich hat von Anfang an die französische Initiative vom 9. Mai begrüßt und ist sich ihres kühnen Charakters und ihrer weitreichenden Bedeutung vor allem für die künftigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland voll bewußt. Sie hofft aufrichtig, daß die internationalen Besprechungen hierüber zu einer neuen Epoche in den französisch-deutschen Beziehungen führen mögen, mit segensreichen Auswirkungen für Westeuropa als Ganzes.

2. Die Regierung Seiner Majestät ist äußerst bestrebt gewesen, in diese Verhandlungen einbezogen zu werden, und hat ihren Standpunkt zu dieser Frage der französischen Regierung von Anfang an klargemacht. Sie ist der Ansicht, daß diese Verhandlungen dazu dienen sollten, die praktische Durchführbarkeit des französischen Vorschlages zu klären, der notwendigerweise auf internationaler Grundlage ausgearbeitet werden muß. Sie hat durchaus den Wunsch, einen nützlichen, konstruktiven und brauchbaren Beitrag zu leisten, in der Hoffnung, daß ein ins Einzelne gehender Entwurf daraus hervorgehen würde, dem sich anzuschließen sie in der Lage sein würde. Sie selbst befaßt sich aktiv damit, Vorschläge auszuarbeiten, die von der französischen Initiative vom 9. Mai angeregt worden sind, um solch einen Beitrag zu leisten.

3. Die französische Regierung ihrerseits hat die Ansicht vertreten, daß der erste Schritt zur Durchführung ihres Planes eine internationale Konferenz der Länder bilden müsse, die grundsätzlich bereit sind, eine Verpflichtung einzugehen, ihre Kohlen- und Stahlindustrie zusammenzulegen und eine neue hohe Behörde zu bilden, deren Entscheidungen für die betreffenden Regierungen bindend wären. Nach Ansicht der französischen Regierung sollte das Ziel der Verhandlungen in erster Linie darin bestehen, einen Vertrag vorzubereiten, der diesen Grundsätzen Ausdruck verleiht, die hohe Behörde errichtet, und den Parlamenten zwecks Ratifizierung vorzulegen ist. Die Regierung Seiner Majestät fühlt sich nicht in der Lage, weder die dem französischen Vorschlag zugrunde liegenden Grundsätze im voraus anzunehmen, noch wünscht sie, sie im voraus abzulehnen. Sie glaubt, daß eine eingehende Diskussion, die das Wesen des Planes und seine gesamten politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beleuchten würde, eine normale, ja wesentliche Voraussetzung für den Abschluß eines Vertrages darstellt. Sie hat das Gefühl, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der Haltung der beiden Regierungen hinsichtlich der Grundlage, auf der die Verhandlungen eröffnet werden sollten, besteht. Es würde sich eine unglückselige Lage ergeben, wenn sie, nachdem sie sich auf gewisse Prinzipien verpflichtet, ohne zu wissen, wie sie sich in der Praxis auswirken, sich als Ergebnis der Erörterungen gezwungen sehen sollte, von ihren Verpflichtungen zurückzutreten. Demzufolge hat sie es zu ihrem Bedauern angesichts ihrer Verantwortung dem Parlament und dem Volk gegenüber als unmöglich befunden, sich den Verhandlungen unter den von der französischen Regierung vorgeschlagenen Bedingungen anzuschließen.

Die Regierung Seiner Majestät ist bemüht, ihr Bestes zu tun, um zu erwägen, ob ein durchführbarer Plan ausgearbeitet werden könnte, der für alle Beteiligten gerecht und billig ist. Sie glaubt, daß dies am besten durch eine Konferenz der Minister der interessierten Länder gefördert werden könnte, auf die Frage der wirksamsten und schnellsten Verhandlungsmethode für das zur Debatte stehende Problem geprüft und gelöst werden könnte. Wenn die französische Regierung bereit wäre, ihre Haltung zu revidieren und eine Ministerzusammenkunft einzuberufen, um zu einem Abkommen über das Verfahren für die Einleitung der Verhandlungen zu gelangen, würde sich die Regierung Seiner Majestät freuen, an ihr teilzunehmen, und die französische Regierung in diesem Sinne unterrichtet.

[...]